

Volkstimme

Eingelnummer 30 Pfg.

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., Gr. Braunschweig 17.
Fernspr. 6802. Sprechstunde täglich von 11-12.

und sämtliche Unterbezirke (Kreise) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- u. Feiertags in Halle a. S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit“.

Verlag u. Expedition: Halle, Gr. Ulrichstr. 27.
Fernspr. 5407. Postfachkonto Leipzig Nr. 87573

Nr. 7

Bezugspreis: Durch Ausleger zugestellt monatlich 6,00 Mk., einschließlich Frachtkosten. Für Abnehmer 5,50 Mk. Durch Postweg im Vierteljahr 18,-, monatlich 6,00 Mk. einjährl. Beleggeld.

Halle, Montag, den 10. Januar 1921

Anzeigenspreis: Am ausgeh. abgenommenen Stellen das Publikum 60 Pfg., bezuglich Reklame im dreizehnten Teilteil 2,50 Mk. Schluss der Anzeigenannahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr.

5. Jahrgang.

Eine „zielbewusste“ Partei.

Ein überraschender Aufruf der Kommunisten zu gemeinsamer Arbeit.

F. T. Es geht nichts über die „zielbewussten“ Kommunisten, und ihr noch „zielbewussteres“ Organ, den „Klassenkampf“. Am Donnerstag stand an erster Stelle ein Aufruf mit dem Titel: „An das revolutionäre Proletariat! Der Kampf geht ums Ganze!“ Darin heißt es wunderbar: „Der Kampf geht ums Ganze!“ Die Wahlen am 20. Februar müssen deshalb durch die Stimmabgabe für die S. A. P. D. eine große Rundgebung werden gegen die Rechtssozialisten, die Handlanger des Bürgerturns, gegen die schwanzelnden, durch ihre Halbheiten konterrevolutionär wirkenden Unabhängigen.

Das war am Donnerstag. Am Sonnabend können sie schon wieder anders. Da steht noch größer an erster Stelle ein anderer Aufruf mit der Überschrift: „Auf zum gemeinsamen Handeln!“ Er richtet sich an den „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund“, an die „Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände“, an die „Sozialdemokratische Partei“ (die Handlanger des Kapitals) und an die „Unabhängige Sozialdemokratische Partei“ (die durch ihre Halbheiten konterrevolutionär wirkt). Außerdem wird noch die S. A. P. D. genannt.

Da müssen wir doch die Frage erheben: Welcher Aufruf ist ehrlich gemeint? Ist es der erste, dann ist der zweite eine Heuchelei. Ist der zweite aber ehrlich gemeint, dann sind die Bestrebungen der kommunistischen Presse, welche die Vertreter unserer Partei und der Gewerkschaften als Besonnen, Arbeitervertrauens- und Sozialistenemder bezeichnen, das Meer veranimatorischer Schmierlinsen.

Bescheiden ist, daß auf eine in der gestrigen Metallarbeiterversammlung gestellte Anfrage, welcher Aufruf ehrlich gemeint wäre, der kommunistische Bevollmächtigte die Antwort schuldig blieb. Bemerkenswert ist ferner, daß er aus eigenem Antrieb noch die Syndikalistin und die Unionisten in diese gemeinsame Arbeit einbezog. Eine Antwort von unserer Seite würde also aufgehoben werden können, bis nun kommunistische Seite eine offene Erklärung vorliegt, an welchen der beiden Aufrufe wir uns zu halten haben. Tatsächlich ist aber eine Antwort auf diesen Aufruf schon erteilt, ehe er zu unserer Kenntnis gelangte. Sie erfolgte nämlich geschlossen von der Hensburger Arbeiterschaft, die eine Entschließung annahm, welche jegliches fernere Zusammenarbeiten mit den Kommunisten ablehnt. Wie sich das Zusammenarbeiten, das gemeinsame Handeln gestalten würde, davon gibt die am Sonntag, den 2. Januar, stattgefundenen Protestversammlung gegen den weissen Schreden im Berliner Lustgarten einen schönen Anschauungsunterricht und am gestrigen Sonntag mußten die Eisenbahnerverbände ihre geplante Demonstration abblasen, weil sie in Gefahr war, durch die Maßnahmen der kommunistischen Parteileitung in das Gegenteil umgewandelt zu werden.

Doch ob ehrlich gemeint oder nicht, ob schon vorher beantwortet oder nicht, die Veröffentlichung dieses Aufrufs zeigt die Stellungnahme der gesamten Arbeiterschaft. Er stellt sie vor eine neue Situation. Und wenn der Aufruf wirklich nicht ehrlich gemeint wäre, wenn er wirklich nur ein taktischer Schachzug gerissener Demagogen, so ist es die moralische Pflicht der übrigen Organisationen der Arbeiterschaft, einen Weg einzuschlagen, der dieses Spiel zunächst macht und die Urheber dieses Aufrufs zwingt, den Weg ehrlicher, gemeinsamer Arbeit zum Nutzen des Proletariats zu beschreiten.

Aus diesen Gesichtspunkten heraus erklären wir den offenen Brief für eine geeignete Grundlage zur gemeinsamen Beratung. Man kann den genannten Organisationen nicht anraten, es bloß zuzustimmen. Zuerst müssen auch Klärungen verlangt werden, unter welchen Voraussetzungen die einzelnen Punkte aufgestellt worden sind. Da ist gleich der erste:

- a) Einleitung von einheitlichen Lohnkämpfen zur Sicherstellung der Existenz der Arbeiter, Angestellten und Beamten.
- Verbindung der einzelnen Lohnkämpfe der Eisenbahner, Beamten und Bergleute, sowie der anderen Industrie- und Landarbeiter zu geschlossener Aktion.

Wie stellt man sich die Führung einheitlicher, großer Lohnkämpfe vor. Wir haben jetzt den großen Lohnkampf der Eisenbahner und Beamten. Es wäre Unfinn behaupten zu wollen, derselbe wäre ohne politische Bedeutung. Schon die Bedingungsfrage für die verlangten Zulagen weist die politische Bedeutung derselben auf. Sie zeigt aber auch zugleich, daß diese Zulagen durchaus nicht zusammenfällt mit dem Begriff, er müsse im Sinne kommunistischer Parteipolitik geföhrt werden, sondern nur, daß alle sozialistischen Parteien bei ihren augenblicklichen Unternehmungen berücksichtigen müssen, diesen Lohnkampf zu fördern und nicht zu föhren. Daß sie alle ihre politischen Aktionen, die irgendeinen guten oder schlechten Einfluß auf die Lohnbewegung der Eisenbahner haben können, nur im Einklang mit der Organisationsleitung derselben unternehmen, moan aber gerade bei den

Kommunisten sehr wenig zu bemerken ist. Der größte Unfinn wäre es aber, mit dem Lohnkampf der Eisenbahner einen Lohnkampf der Textilarbeiter oder der Metallarbeiter oder gar mehrerer Berufsgruppen zu verbinden. Die praktische Folge würde nur sein, da sich die Lohnforderungen der Eisenbahner wegen der Bedingungsfrage nicht so einfach regeln lassen wie die der Textilarbeiter oder Bergarbeiter, dieselben mit ihren Forderungen im Vergleich zu den anderen ins Hintertreffen geraten würden.

Das ist nur eine Frage, die bei der Durchsicht des offenen Briefes auftaucht und so gibt es noch viele. Eine Bedingung muß aber als Voraussetzung zu gemeinsamen Handeln auch bei den Kommunisten unumwunden Anerkennung finden. Die Beschlüsse werden nach demokratischen Prinzipien unter den einander gleichberechtigten Organisationen geföhrt und gegen die Beschlüsse darf nicht gehandelt, nicht verstoßen und nicht agitiert werden. Dann ist ein gemeinsames Handeln möglich. Anders nicht.

Volksentscheid in Bremen.

Bremen, 9. Januar. Bei der heutigen Volksabstimmung über die Frage, ob der Senat zurücktreten soll, wurden 73 778 Stimmen mit Ja und 99 569 mit Nein abgegeben. Ein Bezirk steht noch aus.

Die Forderungen der von den Unabhängigen betriebenen Abstinenzpolitik beginnen langsam zu reifen. Bekanntlich waren bei den letzten Wahlen in Bremen eine sozialistische Mehrheit sämtlicher Arbeiterparteien zustande gekommen, doch lehten die Unabhängigen eine Lebensnahme der Verantwortung für die Leitung der Stadt ab, so daß diese vollständig in die Hände der bürgerlichen Parteien überging. Diese trat natürlich die reaktionären Maßnahmen und als sie darüber mit den Bremer Volksvertretern in Konflikt gerieten, appellierte man an das Volk, daß — wie die Abstimmung zeigt — nun ihrerseits die Volksvertreter im Stich ließ, nachdem diese es zuerst so gemacht hatten, als das Volk vertrauensvoll ihnen bei der Wahl die Stimme gab.

Die Braunschweiger Krise überwunden.

Die Regierungskrise in Braunschweig darf als überwunden gelten. Sie konnte überhaupt nur entstehen durch das eigenartige Verhalten der Demokraten einerseits und der Kommunisten andererseits. Der Vorstoß, der von dem reaktionären „Landeswahrerbund“ gegen die sozialistische Regierung geschickt wurde, bewerkte nicht mehr, als der Regierung das Recht auf Einsetzung von Beamten aus der Hand zu nehmen. Natürlich hat das W. V. wie gewöhnlich die Tatsachen und nur von einer Kontrolle geredet. In Wirklichkeit befugte der als W. V. bezeichnete Antragsteller sich, die Einsetzung in die „Sicherheitspolizei vorzunehmen“. Es ist also ganz klar gesagt, daß dieser Ausschuß und nicht die Regierung die Beamten einstellt. Dieser Antrag wurde bekanntlich abgelehnt, ebenso wurde aber die Regierungsvorlage auf Vernehmung der Polizei abgelehnt wie andererseits der Antrag der Reaktion auf Errichtung eines Ortsrichters (Stes. Gericht). Auch hier wieder gingen die Demokraten mit der Reaktion zusammen.

Die oberclassische Abstimmung im März.

Christiania, 9. Januar. General Leond erklärte einem Vertreter von „Tagens Anheiter“, der ihn in Beuthen besuchte, er könne über den Abstimmungstermin noch nichts sagen. Die Parteifunktionäre haben eine Entscheidung noch nicht getroffen, aber er glaube sagen zu können, daß die Abstimmung nicht früher als im März sein könne.

Die Demokration im Kartagen.

Wolffs Büro berichtet über den Verlauf der vom Eisenbahnerverband abgeleiteten Demonstration:

Berlin, 9. Januar. Im Lustgarten fand heute vor-mittag eine Versammlung statt. Um 10 Uhr hellten sich von den organisierten 60 000 Eisenbahner etwa 3000 ein. Ein Kommunist forderte sie unter Beifügung der Regierung aus, sofort in den Streik einzutreten. Die Rede wurde fast ohne Beifall aufgenommen. Eine Stunde später rückten etwa 15 000 Anhänger der beiden kommunistischen Parteien heran, um gegen die Hensburger Bergkämpfe zu demonstrieren. U. a. sprach auch Adolf Hoffmann. Der dem Publikum kam es dann zwischen einem Redner der kommunistischen Arbeiterpartei und einem Redner der kommunistischen Partei zu einem Faustkampf, der mit dem Siege des ersteren endete. Nach Abklingung der Internationale löste sich die ganze Versammlung auf.

Grubenbrand. In den Kohlengruben von Hausham bei Bergberg in Bayern brach vergangene Nacht ein Grubenbrand aus. Sieben Bergarbeiter, nämlich drei Beamte und vier Bergarbeiter, sind ums Leben gekommen.

Zwei Jahre republikanische Förderung der Landwirtschaft.

Von einem landwirtschaftlichen Sachverständigen haben wir auf Grund genauer Kenntnis alles einschlägigen Materials folgende Darstellung über zwei Jahre schaffender Arbeit eines sozialdemokratischen Landwirtschaftsministers ausarbeiten lassen; wir empfehlen sie dringend der Beachtung aller, deren, die sich entscheiden sollen, ob sie am 20. Februar gehen oder für das Weiterbestehen solcher Arbeit ihre Stimme abgeben sollen.

Das Programm des Ministers Braun.

Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung. — Erneuerung der Grundlage. — Siedlung.

Am 25. März 1919 überreichte Genosse Otto Braun, preußischer Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, der preußischen Landesversammlung eine Denkschrift über die sühnliche Anzuchtkaume der Befehlung und Deblandkultur in Preußen. Sie beginnt mit dem Satz:

„Die Steigerung unserer landwirtschaftlichen Erzeugung ist die dringendste und bedeutendste Aufgabe der nächsten Zukunft; ihre Lösung gewährleistet allein eine ausreichende Ernährung unseres Volks und damit einen erfolgreichen Wiederaufbau unserer Wirtschaft.“

Diese grundlegende Einsicht in die Bedeutung der Landwirtschaft für das Gelingen der gesamten deutschen Wirtschaft ist es gewesen, die nun zwei Jahre lang dem Landwirtschaftsminister der preußischen Republik seine Pflicht vorgeschrieben hat. Er hat es als seine Aufgabe erkannt, die Landwirtschaft mit allen Mitteln auf eine möglichst hohe Stufe der Entwicklung zu bringen, die deutsche Ernährung dadurch vom Ausland unabhängig zu machen und die Auswanderung deutscher Menschen nach Möglichkeit zu verhindern. Aber er hat als Sozialist eingeschaut, daß nicht durch eine Agrarpolitik nach alten Methoden und Methoden dieses Ziel erreicht werden kann, daß nicht die einseitige Förderung der Profitinteressen einzelner Drappen der landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung dem hehrlichsten Ziel näher führen kann, sondern daß nur Entzweiungen mit dem Grundfach sozialer Gerechtigkeit im Wirtschaftsbereich aus zu diesem Wiederaufbau verhelfen kann. Er war sich auch klar darüber, daß ungeheure Sünden einer bösen Vergangenheit wieder gut gemacht werden mußten, und daß er sein Werk bei einem Zustand der Volkswirtschaft beginnen mußte, der durch seine Trübseligkeit auch den Hoffnungsreichendsten verzwweifelt zu machen geeignet schien. Die Denkschrift spricht das mit folgendem Satz aus:

„Der Krieg hat die wirtschaftliche Grundlage der industriellen Entwicklung ebenso schwer erschüttert wie die soziale Grundlage der landwirtschaftlichen Erhöhrer.“

Und in Konsequenz dieser Einsicht spricht die Denkschrift aus, daß die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion nur möglich ist bei gleichzeitiger Lösung gewisser sozialer Fragen, die mit der landwirtschaftlichen Erzeugung verknüpft sind. In erster Linie drängt sich da das Problem der ungleichmäßigen Bodenverteilung auf. Von einer geunden Mischung von Groß-, Mittel- und Kleinbesitz in der Landwirtschaft ist Preußen weit entfernt. Durch zahlreiche Maßnahmen der letzten Jahrzehnte der deutschen Vergangenheit ist in Preußen nicht nur der landwirtschaftliche Großgrundbesitz, wie er zu Anfang des vorigen Jahrhunderts bestand, sorgsam erhalten worden, sondern es ist unter Ausbeutung aller staatlichen, politischen und wirtschaftlichen Nachmittel und aller gesunden Verwaltungsmittel darauf hingearbeitet worden, das Bauernland, das bis zum Schluß der Reformen von Stein und Hardenberg nach der Gleichheit bei Jena den Feudalherren und Rittern entziffen hatte, wieder in die Hände dieser Familien zu spielen. Infolgedessen hat der politisch rechtssteckende Volkserwerb bedrohet, daß zur Bewältigung eines gehörigen Wirtschaftskreislaufes der verschiedenen Organismen der landwirtschaftlichen Betriebe in Preußen ungefähr 1,5 Mill. Hektar Land dem agrarischen Großgrundbesitz entziffen und in ungefähr 250 000 Familienbetriebe aufgeteilt werden müssen. Die erste Forderung des Ministers Braun war daher die entscheidende Anzuchtkaume innerer Kolonisation, die Umgestaltung der landwirtschaftlichen Gesetzgebung und des landwirtschaftlichen Verwaltungsapparats in einem Sinn, der die Erreichung dieses Zieles sicherstellt, und schließlich eine besondere Föhrgänge für agrarische Föhrgänge der Befehlung des Moors- und Deblandes.

„Wir können uns in Zukunft den Luxus von Debland nicht mehr leisten.“

nach die Denkschrift aus und legt damit den Finger auf eine schmerzende Wunde. Diese Maßnahmen im Verein mit sozialen Reformen, die das elende Leben der Landarbeiter bessern und den Herrn-im-Haule-Standpunkt der Großgrundbesitzer vernichten, bedeuten deshalb die große Richtlinie der vom Genossen Braun befolgt und unermüdlich weiter auszuweiten Agrarpolitik.

**Wirtschafts- und Landwirtschafts-
Gesetz.**

Gemeinsam mit den anderen republikanischen Ministern
Preussens hat der Landwirtschaftsminister an der Beilegung
der Arbeitsschlichtung, dieser Zwangsarbeiten der Hochgarantie
gearbeitet. Schon am 10. März 1919 war eine Verordnung
der preussischen Regierung erlassen, in der es § 1 heißt:
„Die Familienarbeiter sind auszuheilen. Die Erklärung neuer
Familienarbeiter sowie die Vergrößerung von Familienkreisen durch
unzulässige Zusammenwonen sind untersagt.“

„Dabei war an einen Rechtsstreifen unserer gesamten
sozialen Struktur die Hand gelegt. Die materielle Grundlage
des wirtschaftlich, sozial und politisch reaktionären Unter-
baus wird zerstört. Trotz aller wütenden Gegenwehr ist das
Gesetz nicht zurückgenommen worden, sondern seine Durch-
führung rüftig in Angriff genommen; ergänzt wurde es durch
das Gesetz über die Auflösung der Hausverträge vom
23. Juni 1920, an dem das Landwirtschaftsministerium ebenfalls
rühmlich mitgearbeitet hat.“

„Gegenwärtig erwies sich das Ministerium unter der
Leitung unseres Genossen in der Angelegenheit der Land-
wirtschaftsminister. Ein zu Ende des Jahres 1920 fertig-
gestelltes Gesetz hat die Landwirtschaftskammern unter einer
neuen demokratischen Landarbeitern und Bauern zu ihrem
Recht verheißene Verfassung gestellt und dadurch an Stelle
schwebenden alten Unrechts gutes und fruchtbares neues Recht
gesetzt.“

Die Stensburger Vorgänge.

Der halleische „Klassenkampf“ folgt in der Darstellung
der Stensburger Vorgänge getreu der „Roten Fahne“, aber
nur soweit es ihm in den Kram paßt. Alles bringt er bei-
seide nicht. So wollen wir denn die „Freiheit“ zitieren, was
sie gegen die kommunalistische Berichterstattung zu sagen hat.
Es lautet:

Selbstentziehung der „Roten Fahne“.

Die „rote Fahne“ erklärt sich jetzt selber. Sie ist
gezwungen, ihre erste Darstellung, in der sie behauptete,
das Schicksal sei plötzlich aus den Luerstrassen hervor-
gebrochen und auf die abstrakte Menge über geworfen
proziogen. In ihrer gegenwärtigen Ausgabe schreibt
sie selbst, daß sich die blutigen Vorfälle nicht in den Luer-
strassen ereigneten, sondern an unmittelbar vor der
Kaserne. Damit ist die Darstellung, die die Erklärung
der Stensburger Arbeiterkammer von den Vorfällen gegeben
hat, vollkommen bestätigt und es sind auch die Schluß-
folgerungen gerechtfertigt, die wir daran geknüpft haben.
Im übrigen steht die „rote Fahne“ Gift und Galle über die
Erklärung der Stensburger Arbeiterkammer, die ihr höchst
unangenehm ist und von der sie in lächerlicher Weise be-
hauptet, daß sie nie in Stensburg entstanden sei. Dem
braucht wohl nur die Tatsache entgegengehalten zu werden,
daß die gesamte Stensburger Arbeiterkraft diese Erklärung
ihrer Funktionäre billigt, und daß in Stensburg seit den
blutigen Zusammenstößen vollständige Ruhe herrscht und
die Arbeiterarbeit dort keine Protestkundgebungen gegen die
Polizei veranstaltet hat, weil sie genau weiß, daß
die Kommunisten die Schuld an dem Blut-
bad tragen.

Daß aber die Haltung der Berliner Kommunisten
nur von ihren agitatorischen Wünschen geleitet ist, zeigt
der auffallende Gegensatz in der Beurteilung der
Stensburger Vorgänge zwischen der „Roten Fahne“ und
der „Hamburger Volkszeitung“, dem richtigen Organ der
Kommunisten. Während die „rote Fahne“ tut, was die
„Volkszeitung“ den sinnlosen und verwerflichen Sturm auf
die Kaserne nicht einmal zu verzeihen, so daß die
Hamburger Kommunisten jetzt auch gar nicht daran denken,
irgendeine Protestkundgebung zu veranstalten.

Das Verhalten der Berliner Kommunisten ist also
lediglich der Ausfluss jener verwerflichen kommunalistischen
Taktik, die ohne jede Rücksicht auf Wahrheit, alles zum
Bruderkampf gegen die sozialistischen Parteien auszunutzen
sucht.

Der Wert kommunalistischer Arbeitsschlichtungsdemonstrationen.

In Chemnitz fanden vorige Woche wie in vielen anderen
Städten Arbeitsschlichtungsdemonstrationen unter Führung der
Kommunisten statt. Wie meistens zustande kamen, das läßt
sich ungefähr ahnen, wenn man folgende Gemüthsart erhält,
welche die Chemnitzer „Vollstimme“ der Öffentlichkeit mit-

teilt: „In der Glendahnwerkstätte Chemnitz, wo 8500 Be-
schäftigte stehen, ist mit übergroßer Mehrheit gegen die De-
monstration Stellung genommen worden. In der Sächsischen
Maschinenfabrik, wo die Mehrheit kommunistisch ist, sind den
4000 Mann Beschlüsse nur etwa 200 der Besetze der kommunistischen
Majorität in die Betriebe einbringen und es zu Tausch-
feiern kam, schloß die Firma den Betrieb und 3800 mehrzeits-
lohnliche und kommunalistische Arbeiter müßten dem Terror
der Straße weichen. Dabei wollen wir der Öffentlichkeit
eine interessante Mitteilung machen: Einige kommunalistische
Drohzieher, die als angebliche Arbeitslose den ganzen Tag
herumgezogen sind und die Stilllegung der Betriebe er-
zwingen wollten, kamen abends trunken und bran in der Sächsi-
schen Maschinenfabrik zur Nacht ein.“

Von den anderen also verlangten sie, daß sie für die
Demonstration einige Stunden Lohn einbüßen sollten, sie
selbst machten Nabau und wollten ebenfalls ihre Schlichter ver-
lassen. Und noch ein anderes Beispiel: revolutionär und
lassen-schwach, wie Kommunisten einmal sind, haben auch
schicksalhaft beschickte sind, an der Demonstration teil-
genommen. Hinterher aber kamen sie und verlangten von
der Arbeitergenossenschaft den Lohn für die Zeit bezahlt, die
sie nicht gearbeitet hatten.“

Die Arbeitsschlichter, die unbeschränkt in großer Not sich
finden, werden mit Erfahren nehmen, daß die Enderung
verleihen gar nicht in den Mittelpunkt der Demonstrationen
gehören hat. Sie war das Nebensächliche, die Hauptphase
war der Lärm.

Keine Reichsgründungsfeier in München.

Von der Bayerischen Volkspartei wurde im Münchener
Stadttrat beantragt, die ständige Wiederkehr der Gründung
des Deutschen Reiches unter Beteiligung des Stadttrates und
der städtischen Behörden zu feiern. Der Antrag sollte eine
feierliche Gedenkstunde im Rahmen der ersten Bürger-
versammlung stattfinden, in welcher der erste Bürger-
meister auf die Bedeutung der Feier hinweisen sollte. Die
feierlichen Gedenkstunde sollten besetzt werden. Auf diesen An-
trag erklärte der Bürgermeister, Genosse Schmidt, daß der
Bestand des Deutschen Reiches heute mehr denn je gefährdet
sei. In einem solchen Augenblick dürfe man keine leeren De-
monstrationen veranstalten. Eine Feier durch den Stadttrat
erscheine nicht angeeignet. Er lehnte daher den Antrag ab.
In gleichem Sinne sprachen die Mehrheitsmitglieder und die
Unabhängigen. Bürgerliche Redner gaben ihrem tiefen
Bekauern über die Haltung Ausdruck. Der Antragsteller be-
tonte, daß für die ganze nationale denkende Bürgerstadt
München insolge der Stellungnahme der sozialistischen
Stadtstratsmehrheit der heutige Tag ein Tag der Schmach und
Schande sein werde. Hierauf wurde mit 12 sozialistischen
Stimmen gegen 10 Bürgerliche der Antrag der Bayerischen
Volkspartei abgelehnt.

Es war ein Spiel mit verhassten Rollen, das da auf-
geführt wurde. Eine parteilichste Partei beantragt, die
Reichsfeier zu feiern, die von ihnen geführten Vorkämpfern
bekämpft wurde, um von ihnen selbst noch bekämpft wird.
Unter der eigentlichen Kampfpartei unter der Sozialdemo-
kratie, steht der Feind in der richtigen Erkenntnis, daß
es nicht dem Reich, sondern der monarchistischen Staatsform
bienen soll. Sie will nicht den toten Gewollgenen der
Reaktion dienen, sondern der lebendigen Deutschen Republik.
Dieser Gehentgegenstand wird trotz aller Enttäuschungen der
„Nationalen“ im Volke richtig verstanden werden.

Drögel erklärt — Drögel am Werte.

Breslau, 3. Januar. Der Polizeipräsident in Breslau
hat das Verbot des Breslauer Volksparteiangehörigen gegen den
„Heimatlichensverband verfassungstreuere Schlichter“, einer
Unterabteilung der Drögel, als formale Gründe aufge-
hoben. Der Polizeipräsident will gegen diesen Beschluß das
preussische Obergerichtsurteil anrufen, bis zu dessen
Entscheidung aber wäre die Drögel trotz des ministeriellen
Verbots in Schließen frei.

Gleichzeitig mit dem Bekanntwerden der Breslauer
Drögel-Freigabe wird aus Waldenburg in Schließen mitge-
teilt, daß dort bei der polizeilichen Verhaftung eines von der
Staatsanwaltschaft wegen Urkundenfälschung gefangen
Mannes umfangreiches Material über die militärischen
Aufbau und die militärische Stellung des sogenannten
„Heimatlichensverbandes“ gefunden worden ist. Das Material hat
teilweise die Redaktion unseres Waldenburger Parteiblattes vorge-
legt, das daraus wesentliche Teile zum Abruck bringt, die

viel Spannendes, vertraut mitunter seinen ganzen Verstand.
In solchen Zeiten lobte die Familie davon, was Mathilde, das
Schneidemädchen, verlebte, altnächtig mit ihrer alten Näh-
maschine klappten. Mathilde war der Typ der ungarischen
Proletariermädchen. Sie arbeitete Tag und Nacht ohne
Rast, demselben ihr Vater mituntergelangt nicht heimlich.
Wenn er aber mit beunruhigtem Kopf, schmutzig, schlammig,
heimgekommen kam, verlangte er Geld und Juchaz und zer-
rümmerie alles. Mathilde löbte unter dem Joch, dachte
aber niemals daran, daß dies alles anders sein könnte. Die
Ihr in der Schule eingepreßte Religionsmoral hielt sie noch
immer von schändlichen Dingen und selbstbestimmten Handeln
zurück. Mit trüger Geduld, mit fatalistischem Zug-Fügen
hoffend, geruhte sie sich in Arbeit, um der sichenden kleinen
Geldmeister hungerten Mutter Topfen zu kochen. Mutter
ließ sie so ohne Pause nach Mühen, bis alle Nähmaschine
klapperte, deren Arbeit sie fast herab, drei Tagess in Monats-
zeiten abgab. In der Zeit jedoch eilte sie rein, mit schil-
digen Mat, anständig gekleidet in die Schneidemerkstätte. Ma-
thilde war ein wunderbares Mädchen. Ihr bigeltes Kreuz
vermochte die diese Arbeit, bei der sie gebüßt sitzen mußte,
nicht zu trümmen, der blühenden Delfinsjen angestrichenes
und blendendes Gelb trieb nicht ihrer tiefstehenden Augen
Glanz, das viele Wachen ließ ihres feinstehenden Gesichts
blaße Rote nicht vergehen. Sie war ein auffallend schönes
Mädchen. Die Abgeharntheit des Familienkreises berührte
nicht ihr leuchtendes Gesicht. Mutter ließ ein unverbäl-
diges beghendes Gefühl ihr Herz schwellen; es war dies
das wiederkehrende Recht der Jugend, die Erhabenheit der
ermachenden Lebensjahre. Dagegen lagen in Schmutz ihre
kleinen Geldmeister, ihr Vater und oft auch ihre Mutter
betruken auf dem Fußboden, doch sie ließ immer singend
die Nähmaschine gehen.

„Gar bald geriet sie in den Lebenskampf. Sie war noch ein
gabes Kind mit empfindsamen Sinnen und seinem Gefühl,
da sie von der Mutter in die Schneidemerkstätte geschickt
wurde, obgleich ihr Vater um jeden Preis wollte, daß sie
die Fabrik gehe, wo sie vom ersten Augenblick an verdient
hätte. Fröhlichkeit mußte sie alle Lebensweisheiten kennen
lernen, die sie anfangs mit Göttern erfüllten, später aber, nachdem
sie ihre geliebten Gedanken beunruhigt hatten, war
zu ihr der Glaube erweckt worden, daß ein solches Wissen

den Beweis liefern, daß die Drögel tatsächlich eine mit der
Verfassung im Widerspruch stehende militärische Organisation
bestellt. Deshalb haben sich auch die militärischen Beiräte
der Waldenburger Drögel bei der Polizei sehr eifrig bemüht
die beschlagnahmen Affensätze herauszubekommen oder,
wenigstens ihre sofortige Verfolgung zu erreichen.

Die Dieselmotoren.

Der Vorsitzende der Deutschen Friedensdelegation ist er-
läut worden, die Note der Sozialistensitzung vom 30. Nov.
wegen der Dieselmotoren zu beantworten. In der Antwort
heißt es u. a.: Die deutsche Regierung nimmt Kenntnis, daß
die Sozialistensitzung bereit ist, der holländischen Verwendung
der Dieselmotoren, deren Zerstörung die Kontrollkommission
gefordert hat, keine Schwierigkeiten in den Weg zu legen.
Die Sozialistensitzung hat ihren Beschluß an zwei Be-
dingungen geknüpft. Sie verlangt erliess vom 31. März 1921
einen Bericht über Standort und Verwendung aller Dieselmotoren,
die am Tage des Waffenstillstandes U-Boote zu-
gehoört oder von der deutschen Regierung für U-Boote bestellt
gewesen sind. Zweitens fordert sie, daß in der Zustimmung
der Kontrollkommission die Kontrolle über die Verwendung
der Motoren dieses Typs in jeder Weise erleichtert werde.
Die deutsche Regierung ist bereit, diese beiden Forde-
rungen zu erfüllen, nicht weil sie keinen Grund hat, die Ver-
wendung dieser Maschinen geheimzuhalten, und weil sie
den aktivsten Mächten beweisen will, daß der deutsch-
Dieselmotor in der Tat ein Friedenswertzeug ist.

Die Note erläutert dann ausführlich, wie die Regierung,
sich die Durchführung der übernommenen Forderungen denkt.

Fortth begnadigt.

St. Jan. (Denk.) Die Begnadigung der zum Tode
verurteilten vier Bolschewisten steht unmittelbar bevor. Es
dürfte für alle sechs Bolschewisten das Amnestiegesetz angewandt
werden. Der Grund für die Amnestiebegnadigung der amnestierten Re-
gierung liegt wohl hauptsächlich in der russischen Drohung, deutsch
ungarische Offiziere hinhängen lassen zu wollen, die als Geiseln
in Sowjetrußland zurückgehalten sind.

Roller über die Einwohnerwehren.

Wesel, 3. Jan. (Dk.) Nach den Schweizer Blättern gab
General Rollier im Januar 1920 an, daß die deutsche Re-
gierung in der Frage der Einwohnerwehren und der Auflösung der
Sicherheitspolizei seinen guten Willen gezeigt habe. Ganz be-
sonders richteten sich seine Reden gegen die Einwohnerwehren,
die er in seinem Vortrag als eine völlig reaktionäre Organisation
bezeichnete. In Paris diplomatischen Kreisen glaubt man, daß
die Pariser Konferenz, die am 19. d. M. zusammengetreten wird,
aus Grund des Gutachtens des Generals Rollier die deutsche Re-
gierung auffordern wird, insofern ihre Bestimmungen kurz be-
messenen Freiz die Entsammlung der Einwohnerwehren durchzu-
führen. Man glaubt in diesen Kreisen nicht daran, daß England
ein Interesse daran hätte, für die Aufrechterhaltung der Einwohner-
wehren in Bayern und Preußen einzutreten, sondern daß die
Bolschewisten einen energigebigen Beschluß fassen wird.
Nach einer „Ein-Gruppe“-Meldung soll Franzosen nach Mos-
kington erklärt haben, die Belegung des Ruhrgebietes oder eine
Ausdehnung der Belegungszone nicht zu beschließen.

Die französischen Gewerkschaften und Moskau.

Paris, 3. Januar. Die C. G. T. (Allgemeiner Arbeiter-
verband) richtet an die französischen Mitglieder eine Aus-
dehnung, in der es heißt: Die Kommunisten haben alles
gefügt die Moskauer Bedingungen angenommen und gezeigt,
daß sie die Absicht haben, das Zerstückeln der Ge-
werkschaften auszudehnen, die 7 Millionen Arbeiter um-
fassen. Der Antrag fordert die Arbeiterklasse auf, die von der
C. G. T. ausgehende Richtung weiter zu verfolgen.
London, 3. Januar. „Daily Chronicle“ teilt mit, daß
falls eine unvorhergesehene Ereignisse eintraten, eine Kon-
ferenz zwischen Vertretern der britischen Regierung und des
Einnehmerparlamentes demnächst in London stattfinden werde.
Eine Meldung der „Daily Mail“ zufolge soll bereits in
London eine Konferenz zwischen Lord George und dem sog.
Kellerbetretenden „Präsidenten der irischen Republik“ Pater
O'Mahonag stattgefunden haben.

De Waler und O'gan George.

London, 3. Jan. (Dk. aus „Chicago Tribune“.) Von einer
höchstens Verantwortlichkeit habe ich erfahren, daß der irische Prä-
sident de Valera eine Einladung nach London erhalten hat.

die Sozialkraft höchst stark und hart gestaltete. Die Elemente
des gesellschaftlichen Lebens schienen sich gleich einander ab-
zuwecheln, während an ihres kindlichen und unerschöpflichen
Denkens engen Paß. Einen hin und wieder aufglockenden
Strahl der Seele empfing sie mit freudigem Staunen. Un-
mäßig wurden ihre Kenntnisse bezüglich des Entfess und
der Gezege des Lebens die Grundfragen einer in ihrem Augen
als systematisch und selbstbestimmten Weltanschauung.
Doch war diese Weltanschauung zu sehr auf sich selbst ge-
stellt und konnte infolge der Armut der äußeren Kenntnisse
freilich auch nicht ein Rahmen empfindlicher Kenntnisse sein.
Diese Weltanschauung war die Philosophie eines sich selbst
überlassenen kleinen Erbauungsstückes und verfiel in ihre Do-
ktrine: Selbstverwirklichung, Geduld, Lebenserkenntnis
Wahrhaftigkeit nicht für eine große Begegnung mit geistigen
Kontakten, wo taufend und aber tausend Weisheiten raffiniertester
streifigerer Kritik angewendet werden müssen. Das schöne
und begeisterte Mädchen wußte gar nicht, wie vielen
Gefahren ausgesetzt sei. Doch wußte Mathilde, daß sie das
sie unvollständige Sphären nicht ernst nehmen dürfe. Wußte
gar wohl, daß der vom Feiertag gefandene Blumenstrauß
nicht die aufrichtige Verehrung bedeute; und damit der Hof-
sich nicht bei den Mund wege, schickte sie die Blumen meh-
reremals zurück. Die sich ihr als Begleitung anbietenden
Vorhaben importierten ihrer Stelle, doch dachte sie mit be-
kümmerter Angst daran, daß die ständigen Begleitungen
durch enge Gänge zu dem Stoff eines umfangreichen Stoffes
Material liefern könnten. Lediglich wußte sie gar gut, daß
diese Bekanntheits nur einen Namen. Witziger wurde sie
man sie vielleicht doch bekommen kann! Witziger wurde sie
bis in den Arm der Fee; die sie immer glücklicher kampflich
in den Armen der Mutter zu schmeigeln. Sie verbrachte
Hebendepous, zu denen sie niemals ging. War an einem Tag
entschieden lebensfähig, bei einer anderen Gelegenheits jedoch
freudig, fast. Es gestiel über dieses Spiel und sie hatte stets das
Gefühl, daß sie ihrer Sache vollkommen sicher sei. Doch
hielt diese Sicherheit nicht lange an und die schwache kleine
Philosophie brach fast allen ihren Wahnhiten zusammen.
Mathilde verlebte sich.

(Fortsetzung folgt.)

Das Stiefel-Haus.

Roman von Béla Vacsó.

Einsigerechte Übertragung aus dem Ungarischen von
Stefan J. Klein.

(3. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

In Haus hörte man Margit sehr oft Klavier spielen.
In ihrem Spiel wurden feinschwebende Trauertöne, Schmelz-
sucht-Weiden und unerlöbliche Sehner, zu wundervoll emp-
findsamen und feine zugleichigen ihmenschlichen Melodien ver-
schlungen, zu Größe getragen. Zwischen, einander überflügend
und entliegend des alten Klaviers gedämpfte Töne. Mit-
unter flatterten Melodien auf, als fängen tief unter der
Erde tief Generationen in Armaten jagend, ent-
mensliche Weibchen; süßsüß, weinende Vätern. Margits
Klavierpiel war stets Entzügen, niemals Hoffnung, stets
Schmerz und niemals Freude.

„Ich werde ihnen ständig.“ — „Dieses Stiefel-Haus
sagen, in dessen Innern ich gewordenem vertriebenem Selbstbe-
wußsein es als Narfurth galt, wenn einer der Bewohner seine
Begegnung nicht achtete.“

„Nimmer bleibe ich Klavier... Das kann ich nicht dulden;
entweder es wird Ruhe sein, oder ich fändige ihnen.“

„Doch fändige er nicht, denn die Gals waren die pünkt-
lichsten Zahler.“

Im Parterre gab es keine weiteren Wohnungen. Die
hintere, rechte und linke Seite des Hofes waren von den
Stallungen, Magazinen und Remisen eingenommen.

In den Stockwerken mündeten die drei bis vier Meter
umfassenden Stiegen, hier und dort auch mit Räder versehenen
Wohnungen auf lange und breite Korridore. Stiefelbästlerie
wöhnlich die Miere ein, denn seiner Meinung nach könnten
die Leute anders nie zählen.

Im ersten Stockwerk fand die Nummerierung ihre Fort-
setzung. In Nummer Drei wohnte der Schüler Germal mit
seinen kleineren und größeren Ingegnant ließen fändigen. Ge-
woll war ihr Geschäft, war in seiner Jugend auch auf der
Welt gewesen, was er stets zum eigenen Lob erwähnte. Im
Witzhaus ergäbe es viele halbhohe Gelegenheiten. Er sprach

